

Haushaltsrede 2024
der Fraktionssprecherin Annette Floyd-Wenke
im Rat der Stadt Rheine am 19.03.2024

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren des Rates,
liebe Mitbürgerinnen, liebe Mitbürger,

meine Vorredner haben zu den Zahlen des uns vorgelegten Haushaltsplanentwurfs bereits Stellung genommen. Ebenso wie sie bin ich erleichtert, dass wir einer Haushaltssicherung entgehen können. Durch Anpassungen in den Fachbereichen und einigen, mir noch immer nicht ganz verständlichen Kunstgriffen, ist es letztlich der Verwaltung zu verdanken, dass Rheine noch handlungsfähig bleibt.

Da aber eine Verbesserung der Finanzlage in den nächsten Jahren nicht in Aussicht steht, komme ich nicht umhin, darauf hinzuweisen, dass ich in meinen vergangenen Haushaltsreden immer wieder vor der Tücke der Kassenkredite gewarnt habe und eine Erhöhung der Gewerbesteuer gefordert habe.

Das nun findet sich sowohl in den Einschätzungen des Kämmerers, als auch in den Erwägungen des Bürgermeisters wieder. Dann kann eine „linke“ Beurteilung – ja wohl nicht ganz so abwegig oder unvernünftig sein, nicht wahr?

Wir werden also diesem Haushaltsplanentwurf zustimmen, alles andere wäre destruktiv.

Wir erkennen an, dass insbesondere im Sozialbereich keine direkten Kürzungen vorgesehen sind und dass bei aller Sparsamkeit doch noch wichtige Projekte fortgeführt werden und die Stadt weiter investiert. Investitionen, sofern sie sinnvoll sind, stellen einen wichtigen Gegenwert zu aufgenommenen Schulden dar und sind daher als unschädlich zu bewerten.

Dennoch – und hierzu fällt mir die letzte Haushaltsrede von Silke Friedrich von der Fraktion Bündnis 90/die Grünen ein – ist auch dies kein nachhaltiger Haushaltsplanentwurf. Ja, im Idealfall kann und sollte eine Kommune, und hier meine ich ausdrücklich auch mit Bürgerbeteiligung, für mehrere Jahre einen gut strukturierten, politisch priorisierten Haushaltsplan aufstellen, der die Finanzgeschäfte an den Bedarfen der Bürgerinnen und Bürger ausrichtet.

Nur kann und wird dies nicht gelingen, insoweit weder Land noch Bund ihren Verpflichtungen gegenüber den Kommunen nicht nachkommen. Wenn wir hier in Rheine nicht wissen, welche Kosten für Pflichtaufgaben von wem, in welcher Höhe und wie lange übernommen werden, dann hilft alles Planen nichts.

Fraktionsübergreifend stellen wir fest:

Es fehlen die Signale der Fraktionen im Landtag genauso, wie durchsetzungsfähige, auch in hartem Ringen auszuhandelnde Optionen in der Bundesregierung, die endlich die Aufgaben der Kommunen gerecht und sozial finanzieren.

Zugegeben, unsere Bundesregierung sieht sich mit außergewöhnlichen Problemlagen in der Weltpolitik konfrontiert, wer aber seine Innenpolitik vernachlässigt, verliert Wählervertrauen und leistet destruktiven Kräften Vorschub.

Es klingt wie eine abgedroschene Phrase, aber wir hier im Stadtrat, im Kreistag und Sie auch auf Landes- und Bundesebene: Machen Sie endlich mehr Druck auf Ihre politische Prominenz. Sie lassen sich fast jede Woche zu irgendeinem Anlass mit Ihren Bundestagsabgeordneten ablichten, sind sich immer so einig, wofür Sie sich einsetzen – nur – was folgt daraus? Welchen spürbaren Nutzen haben unsere Bürger und Bürgerinnen in Rheine? Das muss Sie doch umtreiben!

Auch meine Fraktion macht sich ernste Gedanken über die künftige Finanzlage unserer Stadt.

Der Rat hat doch gemeinsam beschlossen, dass alles Finanzrelevante ergebnisoffen betrachtet und beraten werden muss, um Möglichkeiten zu eröffnen, einen ausgeglichenen Haushalt aufstellen zu können. Wollen wir dies nachhaltig und für die nächsten Jahre planbar umsetzen, so scheint es doch unerlässlich, sich kontinuierlich mit der strategischen Ausrichtung unserer städtischen Ziele (Unser Rheine 2030) – und hier meine ich auch die unserer Wirtschaftsförderungsgesellschaft - auseinanderzusetzen.

Dazu gehört eine gründliche Evaluation und kritische Betrachtung der bisher durchgeführten Maßnahmen auf ihre Wirksamkeit. Wir haben in den vergangenen Jahren zahlreiche Förderprogramme, insbesondere in den Bereichen Stadtplanung und Soziales in Anspruch genommen. Für die Umsetzung dieser Programme gingen wir Verpflichtungen ein, die neben unserem finanziellen Anteil uns auch auf Jahre binden.

Meine Fraktion wünscht sich hier eine nach Fachbereichen aufgeführte Auflistung sämtlicher Projekte, für die wir uns aktuell an Förderprogrammen beteiligen.

Betrachtet man einzelne Förderprogramme, so wird man feststellen, dass ein Großteil der Mittel für Personalaufwendungen bereitgestellt wird, die dann in den Folgejahren häufig zu einem verstetigtem Personalaufwuchs führen. Wir sollten vor Antragstellung daher auch prüfen, ob die städtischen Aufwendungen mit dem zu erwartendem Nutzen des Projektes vereinbar sind.

Unsere Bedenken und unsere Kritik an den Entscheidungen des letzten Jahres lassen sich an folgenden Beispielen konkretisieren:

1. Bei der Änderung der Abfallentsorgung wirkte sich insbesondere die Altpapiersammlung nachteilig für die Bürgerinnen und Bürger aus. Zumindest bei Mietverhältnissen füllen sich, dem Online-Handel wohl hauptsächlich geschuldet, die Keller mit Kartonagen, die nicht mehr neben die Mülltonnen gestellt werden können.

2. Die Preisgestaltung des neuen Combibades wurde nicht nur von meiner Fraktion kritisiert, für viele Bürgerinnen und Bürger ist sie ebenfalls nicht nachvollziehbar.
3. Nach wie vor mahnen wir eine signifikante Erhöhung des Anteils an gefördertem Wohnungsbau im Wohnraumversorgungskonzept an.
4. Leider zeigte sich auch, dass die intensive Erarbeitung von Leitlinien für mehr Bürgerbeteiligung trotz Beteiligung externer Berater bisher nicht den erhofften Effekt hat. Wir erwarten mit Spannung die Ergebnisse einer ersten Evaluation.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir haben im vergangenen Jahr wiederum unsere Ideen und Verbesserungsvorschläge über Anfragen und mit Anträgen in die Fachausschüsse eingebracht. Wir haben uns aktiv an Arbeitskreisen und Beratungen beteiligt. Einige Male haben wir mit anderen Fraktionen und der Verwaltung wirklich gut zusammengearbeitet. Dafür möchte ich mich an dieser Stelle bedanken.

Aber in Anbetracht der angespannten politischen Lage in unserem Land, der Sorge um einen Krieg in Europa, ja der ganzen Welt, da kommt es mir so vor, als müssten wir hier viel intensiver gemeinsam an vernünftigen Lösungen für unsere Probleme arbeiten. Ich meine, wir alle sollten uns mehr und konkreter mit der Frage auseinandersetzen, wie wir zukünftig das Leben in unserer Stadt gestalten und verbessern wollen.

Dass wir uns über prinzipielle Fragen einig sind, hat doch die Kundgebung zum Schutz unserer Demokratie deutlich gezeigt. Das müssen wir fortsetzen. Unter dieser grundsätzlichen Prämisse und dem Gebot der Akzeptanz unterschiedlicher Ansichten lässt sich, und da bin ich mir sicher, sowohl dem populistischen Irrweg der Rückwärtsgewandten begegnen, als auch eine Arbeitsatmosphäre schaffen, in der wir gemeinsame Ziele erarbeiten und verwirklichen können.

Allgemeine Sorgen, Zukunftsängste und Verunsicherung treiben auch unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger um. Hier sind wir gefordert. Lassen wir uns nicht verunsichern und ängstigen durch militantes Geschwätz von Ostflanke und Marschflugkörpern!

Es ist an uns, durch sachliche Informationen aufzuklären, ins Gespräch zu gehen und jenseits parteipolitischer Interessen deeskalierend zu wirken.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.